

Anstoß gegeben haben, daß der schon länger umstrittene Plan, den Südpazifik zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären, in diesem August konkrete Formen angenommen hat.

Australien, Neuseeland, die Cook-Inseln, Fiji, Nauru, Tonga, West-Samoa, Niue, Kiribati, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Tuvalu und Vanuatu - die 13 Mitgliedstaaten des "Südpazifik-Forum" einigten sich auf ihrer 15. Konferenz über ein entsprechendes Abkommen.

Es verpflichtet sie, keine Kernwaffen zu testen, herzustellen, zu erwerben oder zu lagern. Allerdings erlaubt es weiterhin nuklear getriebenen oder bewaffneten fremden Schiffen die Fahrt durch die Gewässer der Region. Jeder Mitgliedstaat kann selbst entscheiden, ob er solchen Schiffen das Anlaufen seiner Häfen gestattet. Nur noch Australien, Tonga, West-Samoa und Fiji erlauben dies zur Zeit.

Lediglich Vanuatu lehnt bisher eine Ratifizierung des Abkommens ab, allerdings weil es ihm nicht weit genug geht!

So ist es ziemlich sicher, daß das riesige Gebiet des Südpazifik zum Jahresende offiziell zur "Atomwaffenfreien Zone" erklärt wird.

Neuseelands Premier David Lange will zusätzlich noch die Atomwaffenfreiheit in der Verfassung seines Landes verankern. Das wäre dann wohl das endgültige aus für den ANZUS-Pakt, das Militärbündnis mit den USA und Australien, bisher ein Eckpfeiler der amerikanischen Militärstrategie im Pazifik.

Es ist zu hoffen, daß diese Entwicklungen stimulierend auf die begonnene Debatte innerhalb ASEAN's und in den Staaten Indochinas über eine "Atomwaffenfreie Zone Südostasien" wirken.

Der Beschluß des Südpazifik-Forums kann so durchaus der Anstoß zu langfristigen Entwicklungen werden, die der wachsenden nuklearen Konfrontation von USA und UdSSR im Pazifikgebiet ein Ende bereiten.

Über die unmittelbaren praktischen Wirkungen des Beschlusses sollte man sich allerdings keine Illusionen machen.

Der Aufmarsch der nuklearen Marineverbände der Großmächte wird dadurch nur geringfügig behindert. Führende US-Militärs haben bereits erklärt, daß sie mit diesem "gemäßigten" Abkommen ganz gut leben könnten.

Die Verärgerung der Regierung Vanuatus wird vor diesem Hintergrund ganz verständlich.

Auch die Atomtests können durch dieses Abkommen nicht verhindert werden. Frankreich ist hier als Kolonialmacht "souverän".

Die Versenkung des Greenpeace-Flaggschiffs "Rainbow Warrior" im Hafen des neuseeländischen Auckland durch einen Bombenanschlag am 10. Juli 1985, den sehr wahrscheinlich französische Geheimagenten ausführten, signalisiert, mit welcher brutaler Entschlossenheit diese "Souveränität" notfalls verteidigt wird.

Frankreich ist ebensowenig wie die USA bereit, die beschlossene Atomwaffenfreiheit der Region zu respektieren. Bereits für Ende September ist die nächste Testexplosion auf Mururoa angekündigt. Damit hängt erneut das Damoklesschwert einer kaum vorstellbaren ökologischen Katastrophe über dem Pazifik. Greenpeace hat die Entsendung eines neuen Schiffes in das Testgebiet angekündigt, um die Zündung der Bombe zu verhindern. Die Gruppe kann der Sympathie der großen Mehrheit der Bevölkerung und der Regierungen aller umliegenden Staaten gewiß sein. Präsident Mitterand hat die französischen Truppen angewiesen, jede Verletzung von Frankreichs Hoheitsgebiet in Polynesien mit Gewalt zu verhindern.

Er ist bereit, für die Durchführung der Tests über Leichen zu gehen. Schließlich stehen Interessen der westeuropäischen Sicherheitspolitik und der europäischen Atomindustrie auf dem Spiel.

Alle, die sich der wachsenden atomaren Bedrohung der Erde bewußt sind, sollten gegen diese Politik protestieren und Widerstand leisten - gerade auch in Europa.

Der Beschluß für eine "Atomwaffenfreie Zone Südpazifik" ist ein ermutigendes Zeichen dafür, daß dieser Widerstand weltweit wächst - trotz alledem.

Frithjof Schmidt

NACHRICHTEN

DIE FRAUBEWEGUNG IN ASIEN BEGINNT SICH AUCH INTERNATIONAL ZU FORMIEREN

Die Frauenbewegungen zahlreicher Länder Asiens und der Pazifik-Region suchen auf internationaler Ebene immer stärker den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit.

Sie werden zum bedeutenden Faktor bei der Auseinandersetzung um die Zukunft dieses Teils der Welt. Die Frauenbewegungen Südostasiens stehen dabei in vorderster Linie.

So lautet in Kürze der Tenor 2er internationaler Veranstaltungen Ende 1984/Anfang 1985, deren Ergebnisse jetzt vorliegen.

Schon auf der Asiatischen Jugendversammlung (AYA) im Oktober 1984 in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi behandelte einer von 5 "workshops" "Frauenprobleme in Asien".

Frauen, u.a. aus Malaysia, den Philippinen, Thailand, Ost-Timor, dem Südpazifik, Korea, Bangla Desh und Indien diskutierten über Strukturen, Probleme und Strategien der Frauenbewegung.

Im "work-shop"-Bericht werden dazu u.a. folgende Punkte festgehalten:

- die Arbeiterinnen kämpfen v.a. für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Mutterschutz, bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung und bessere Wohnbedingungen. Generell geht es um den Kampf der Frauen um Arbeit und finanzielle Unabhängigkeit.

- die Bäuerinnen kämpfen v.a. um ihr Recht auf Land, um Wasser und ausreichende Ernährung, um die Bewahrung der Umwelt und elementare Bildungsmöglichkeiten.

- die Frauen aus Minderheiten sind mit all diesen Problemen konfrontiert und leiden dazu noch unter Formen besonderer Diskriminierung, wie z.B. der Zwangssterilisation.

- die Frauen müssen in ihren Familien gegen Unterdrückung kämpfen, in Form von Gewalt, ungerechten Heirats-Scheidungs- und Erbschaftsgesetzen, dem Mitgiftsystem bis hin zum Mitgiftmord und subtileren Formen der Frauendiskriminierung, wie etwa stereotypen Rollen-Modellen.

- in der Gesellschaft allgemein kämpfen Frauen gegen Gewalt, Vergewaltigung, Prostitution und sexuelle Nötigung, sowie gegen das negativ-Image von Frauen als Sexobjekt in Medien, Filmen, Literatur usw.

- innerhalb der globalen imperialistischen Gesellschaftsstrukturen werden Frauen von den Multinationalen Konzernen als Produzenten besonders als billige Arbeitskraft, als Konsumenten besonders durch die Kosmetik- und Modeindustrie oder die Baby-Nahrungsindustrie ausgebeutet.

- die wachsende Militarisierung der Gesellschaft fördert auch die Bereitschaft zu Gewalt gegen Frauen. Frauen im politischen Kampf sind besonders Formen sexueller Folter von Sicherheitskräften ausgesetzt.

Wichtige Konsequenz der Militarisierung ist auch die wachsende Prostitution.

Als zentraler Punkt der Strategie in den genannten Kämpfen wurde die Bildung und Stärkung autonomer Frauenbewegung genannt und politisches Selbstvertrauen um Führungsfähigkeiten herauszubilden, die es den Frauen ermöglichen, dann eine gleichberechtigte Rolle in den großen Volksbewegungen für Gerechtigkeit, Gleichheit und Befreiung zu übernehmen.

Der Kampf um die Anerkennung der Frauenbewegung als selbständiger Bewegung innerhalb solcher Volksbewegungen sei deshalb besonders wichtig.

Als weitere zentrale Punkte werden die Stärkung des existierenden Netzwerkes durch systematischere Information und Solidaritätsaktionen, gerade auch auf internationaler Ebene, genannt.

Die Rolle der Männer sollte sich auf eine reine Unterstützung der selbständigen Aktionen und Entscheidungen der Frauen beschränken; aktiv sollten sie vor allem die Initiativen der Frauen zur Veränderung der hierarchischen, männlich dominierten Strukturen der Gesellschaft unterstützen.

Konkret wurde in Dehli noch die Durchführung einer Regional-Konferenz über Militarisierung und ihre Auswirkungen auf Frauen beschlossen. Ferner sollen internationale Kampagnen begonnen werden

- für die Unterstützung weiblicher politischer Gefangener
- gegen den Prostitutionstourismus
- gegen die rassistische Frauendiskriminierung
- für die Verbesserung der Lage von Arbeiterinnen in Multinationalen Konzernen und Export-Produktionszonen.



Ebenfalls in Indien, in Trivandrum, fand am 16.-20. Januar 1985 ein "Frauen-work-shop" des "Asian Cultural Forum on Development" statt. Frauen aus 7 asiatischen Ländern diskutierten über die Bereiche: Frauen und Gesundheit, Frauen und Arbeit. Prostitution - Verhältnis zur Kultur und Gesellschaft, Einfluß von Religion und Kultur auf Frauen, Frauen und Recht, Frauen und Militarismus.

Analysen und Strategiekonzepte stimmten in zentralen Punkten mit denen der AYA-Konferenz überein. In Trivandrum wurde besonders die Notwendigkeit des Aufbaus eines "Netzwerkes" zwischen den "Graswurzel-Gruppen" in den verschiedenen Ländern betont. Der systematische Austausch von Informationen, Fallbeispielen und Dokumentationen soll das Bewußtsein der Gemeinsamkeiten fördern und die örtliche, ebenso wie die internationale Aktionsfähigkeit der Frauenbewegungen verbessern.

Beide Konferenzen markieren einen wichtigen Schritt zur Formierung der internationalen Frauenbewegung in Asien und der Pazifik-Region.

- vgl. Keadilan-Praxis, Februar 1985, S. 17f
- vgl. AA Nr. 51 (May-June 1985), S. 1-3

ASEAN STARET ERFOLGSVERSPRECHENDE KAMBODSCHA-INITIATIVE

Die ASEAN-Außenminister haben auf ihrer Jahrestagung am 8./9. Juli 1985 in Kuala Lumpur einen neuen Vorschlag für eine Lösung der "Kambodscha-Frage" gemacht. Seit Jahresanfang hatte es 2 scheinbar konkurrierende Initiativen gegeben.

Im Zentrum eines indonesischen Vorschlags standen konkrete Schritte für die Förderung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Vietnam. Eine gravierende Verbesserung dieses Verhältnisses wurde als Schlüssel für jeden Fortschritt in der Kambodscha-Frage gesehen. Ansatzpunkt sollten hochrangige Gespräche über die Klärung des Schicksals von vermissten amerikanischen Soldaten aus dem Vietnamkrieg sein.

Im April 1985 hatte Malaysia dann den Vorschlag sogenannter "Annäherungsgespräche" gemacht. Kern dieses Plans waren indirekte Gespräche zwischen der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea und der von Vietnam gestützten Heng Samrin-Regierung über einen Vermittler.

Am 3. Juli hatte schließlich Thailand eine modifizierte Form solcher Gespräche angeregt. Die Sihanouk-Regierung sollte mit einer vietnamesischen Delegation verhandeln, der auch Vertreter der Heng Samrin Regierung angehören.

Am 5. Juli hatte Vietnam noch diesen Vorschlag als "üblichen Trick der regierenden Kreise in Thailand" abgelehnt.

Die ASEAN-Außenminister kombinierten jetzt auf ihrer Tagung den indonesischen Plan mit der thailändischen Variante der malaysischen Initiative. Indonesien wurde beauftragt, federführend Vorgespräche mit Vietnam über dieses Konzept zu beginnen. Überraschenderweise reagierte das indochinesische Außenministertreffen am 16. August 1985 in Phnom Penh ausgesprochen positiv auf diese Initiative.

Im Kommuniqué wird ausdrücklich ein vollständiger Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha bis 1990 in jährlichen Etappen angekündigt und die neue ASEAN-Initiative inhaltlich begrüßt.

Wörtlich heißt es:

"Die Konferenzteilnehmer betrachten Malaysias Vorschlag über die Abhaltung indirekter Gespräche als eine erwägenswerte Initiative." An anderer Stelle wird erklärt.

"Die ASEAN-Staaten haben Indonesien beauftragt und die indochinesischen Länder haben Vietnam benannt (um Gespräche zu führen). Die bevorstehende Zusammenkunft (...) bietet eine geeignete Gelegenheit zur Erörterung der Probleme die mit

einer Regelung über Frieden und Stabilität in Südostasien und Kampuchea zusammenhängen."

Eine Initiative zu Gesprächen mit den USA über die noch vermissten amerikanischen Soldaten aus dem Vietnamkrieg wird im Kommuniqué ebenfalls angekündigt.

Bereits im Januar hatte Vietnam Gesprächsbereitschaft über Malaysias Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Südostasien signalisiert.

Erstmals seit Vietnams Einmarsch in Kambodscha zeichnen sich damit inhaltliche Gespräche über eine ASEAN-Initiative deutlich ab.

- vgl. MD v. 8.6., 9.6., 11.6., 2.7., 4.7., 19.8.1985
- AW v. 19.7.1985, S. 6-9, 26.7.1985, S. 6
- SZ v. 9.7.1985

BUNDESDEUTSCHE SPITZENPOLITIKER IN SÜDOSTASIEN

Anfang August besuchte Bundeswirtschaftsminister Bangemann Singapur, Thailand, Malaysia und Indonesien. Hintergrund seines Besuches ist die Vorbereitung des EG-ASEAN Wirtschaftsministertreffens am 17./18. Oktober 1985 in Bangkok.

Die BRD ist der Vorreiter einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu ASEAN innerhalb der EG, der von den südostasiatischen Ländern ein wachsender Protektionsismus vorgeworfen wird.

Bangemann stellte sich in allen besuchten Ländern als ein Anwalt der Öffnung der EG-Märkte für Produkte aus der ASEAN-Region dar.

In Thailand etwa erklärte er vor führenden Geschäftsleuten:

"Aber ich weiß, wie schwierig es sein wird die Wünsche zu erfüllen, gegen den starken Druck aus den anderen Mitgliedsländern der Gemeinschaft und, um offen zu sein, gegen die bemerkenswerte Opposition aus unserem eigenen Landwirtschaftssektor."

(NR v. 5.8.1985)

Die BRD ist der drittgrößte Exportmarkt für thailändische Produkte, 43% dieser Exporte bestehen aus Tapioka.

Umgekehrt fordert Bangemann in allen besuchten Ländern eine Verbesserung des Investitionsklimas, den Abbau von Importbegrenzungen und "investitionshemmenden Bestimmungen". In Malaysia, das inzwischen Indonesien als größten bundesdeutschen Handelspartner innerhalb ASEAN's abgelöst hat, monierte er in diesem Zusammenhang, daß die BRD erst den 6. Platz unter den ausländischen Investoren erreicht hat.

Die gleichen Aspekte betonte Bundesaußenminister Genscher bei seinen Besuchen in Thailand und Brunei in der ersten Juli-Woche.

In Thailand kritisierte er ausdrücklich die hohen Zinssätze und

die "schwierigen Investitionsprozeduren". Hier lag die BRD mit einer Gesamtinvestitionssumme von 224 Mio. DM 1984 auf Platz 10 in der Liste der ausländischen Investoren.

In Brunei bereitete Genscher ein Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen vor. Ferner wurde hier über Technologietransfer und über bundesdeutsche Unterstützung beim Aufbau der neuen Universität Brunei verhandelt.

Das die Beziehungen der BRD zu den ASEAN-Ländern auch noch andere als wirtschaftliche Aspekte umfassen, zeigte schon Ende Mai der Besuch des CSU-Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Spranger, in Thailand. Hier ging es um deutsches Training für die thailändische Polizei. (vgl. die Thailand-Nachrichten in dieser Ausgabe)

- NST v. 1.8.1985
- NR v. 28.5., 01.8., 05.8.1985
- SZ v. 29.7.1985



ASEAN WILL OBERPRÜFUNG DES ABKOMMENS MIT DER BRD

Schon die 17. Konferenz der ASEAN-Wirtschaftsminister im Februar 1985 hatte scharfe Kritik auch an der EG geübt. (vgl. SOA-Informationen 2/1985, S. 5)

Auf der EG-ASEAN-Konferenz am 17./18.10.1985 in Bangkok sollen nun die lange als "Modellabkommen" bezeichneten Verträge von 1980 in wesentlichen Punkten überprüft werden verlautet aus dem, mit den Vorbereitungen befaßten, thailändischen Außenministerium.

Im Zentrum soll die Forderung nach einer weiteren Öffnung der EG-Märkte für Exporte aus der ASEAN-Region stehen. Ferner wird eine Verstärkung von EG-Investitionen in Südostasien von den ASEAN-Ländern verlangt. Ziel ist dabei auch eine Intensivierung der wissenschaftlich-technologischen Kooperation zugunsten ASEAN's.

Außerdem soll der bislang nicht erfaßte Bereich des Tourismus ein integraler Bestandteil des EG-ASEAN Abkommens werden.

Die Konferenz im Oktober wird damit wohl zu der politisch wichtigsten seit Beginn der Kooperation 1980 werden.

- vgl. MD v. 19.8.1985
- NR v. 16.8.1985

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG AUF DIE KLEINE ANFRAGE DER GRÜNEN "SÜDOSTASIEN UND MILITÄRGÜTER"

"Die Bundesregierung hat bei wiederholter Gelegenheit ... darauf verwiesen, daß Angaben zu Rüstungsexporten aus rechtlichen wie politischen Gründen in der Regel vertraulich zu behandeln sind. Die erbetene Auskunft über die Lieferung von Militärgütern nach Südkorea, Indonesien, Malaysia und den Philippinen kann daher nicht erteilt werden."

So lautet der Kernsatz in der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen im Bundestag "Südostasien und Militärgüter". Diese Antwort enthält jedoch noch 2 bemerkenswerte Punkte:

Es wurde nicht dementiert, daß Indonesien Schnellboote und Fregatten in hoher Zahl in der BRD kaufen will, lediglich über die mögliche Stückzahl wurden keine Angaben gemacht.

Ferner wurde mitgeteilt, daß die UN-Menschenrechtskommission "im Vertraulichen Verfahren beschlossen hat, das Verfahren gegen Indonesien wegen Ost-Timor einzustellen."

- vgl. Bundestagsdrucksache 10/3653

Literaturhinweise

Asian Women Workers Newsletter, March 1985 (No.1), The end of a decade '85: International womens day and the position of women workers in asia, 12 S.

Balai, Asian Journal, No.12 (1985), Women and Migration, S.1-19

Christer Gunnarson, Development Theory and Third World Industrialization, in: JCA, Vol.15. (1985), No.2, S.183-206

o.V., ASEAN's Cambodia Plans, AW v. 14.6.1985, S.28-34

o.V., The rise of the new pacific, in: South, August 1985, S.13-20

Southeast Asia Chronicle, Issue No. 96 (1985), Beyond Stereotypes: Asian Women in Development, 33 S.

Suk Ching Ho, An attitudinal survey of foreign investors in Hong Kong: What are the implications on south-east asian countries? in: CSEA, Vol.7, No.1 (June 1985), S.48-57

AIB

Die Dritte-Welt-Zeitschrift



AIB-Sonderheft 1/1985

10 Jahre befreites Vietnam

Der Versuch die Zukunft zu erobern
 ● Der wirtschaftliche Wiederaufbau
 ● Der Kampuchea-Konflikt
 ● Chinas verdeckter Krieg
 ● Geschichte des Befreiungskampfes
 ● Lehren aus dem Vietnam-Krieg (28 S., 2 DM)

AIB 4/1985

Schwerpunkt: Was steckt hinter Reagans Kampagne gegen den Terrorismus?
 ● Washingtons Staatsterrorismus gegen Nikaragua, Afghanistan, Angola, Moçambique u. a.
 Außerdem: ● Peru ● Türkei ● Südafrika ● Palästina ● Sonderteil zu Vietnam

AIB 3/1985

Schwerpunkt: US-Zentralkommando Südwestasien: Die Schnelle Eingreiftruppe steht bereit für den Einsatz im Nahen und Mittleren Osten
 Außerdem: Libanon: Israels erzwungener Rückzug ● Palästina: Was gefährdet die PLO? ● Pazifik/Philippinen ● Paraguay ● Westsahara ● Brasilien

Einzelheft 2,50 DM, Sonderheft 2 DM, Jahresabonnement 25 DM. 33% Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM; Porto 0,60 DM je Heft. Kündigung nur zum Jahresende.

Coupon/Bitte einschicken an:

AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg

Ich bestelle:

- Expl. AIB-Sonderheft 1/1985
- Expl. AIB 3/1985
- Expl. AIB 4/1985
- ein kostenloses Probeheft
- ein Abonnement ab Nr. _____

Name: _____

Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.
 Unterschrift: _____